

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2002)

Heft: 3: Klima-Pakt mit der Wirtschaft : warme Luft!

Artikel: "Wenn die Badewanne überläuft, würde ich zuerst den Wasserhahn zudrehen!"

Autor: Erdin, Marianne / Bader, Elvira / Bär, Rosmarie

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586949>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wenn die Badewanne überläuft, würde ich zuerst den Wasserhahn zudrehen!»

Anlässlich der SES-Jahresversammlung fand unter dem Titel «Atomausstieg aus Frauensicht» ein Podiumsgespräch statt. Unter der Leitung der freien Journalistin Marianne Erdin diskutierten folgende PolitikerInnen: Nationalrätin Elvira Bader, alt Nationalrätin Rosmarie Bär, Ständerätin Vreni Spoerry und Nationalrätin Ursula Wyss. Besonders heiss wurde über die Wiederaufarbeitung und die Endlagerung im Ausland debattiert.

Marianne Erdin: Im 2001 ist eine Rekordmenge an Strom produziert und verbraucht worden. Kommt man sich als Vertreterin von Strom ohne Atom (SoA) nicht ein wenig einsam vor, Frau Bär?

Rosmarie Bär: Nein, wenn ich alle diese Leute sehe, die mit uns kämpfen. Es zeigt einfach, dass wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben. Vor zehn Jahren in Rio haben wir uns mit der Staatengemeinschaft verpflichtet, auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung zu gehen. Wir haben uns verpflichtet den Energieverbrauch vom wirtschaftlichen Wachstum abzukoppeln. Das ist niemandem gelungen. Der politische Wille hat auch in der Schweiz gefehlt. Das Stromverbrauchswachstum ist der Beweis dafür, um das einzuführen, was wir immer schon vorgeschlagen haben: eine ökologische Steuerreform.

Frau Spoerry, sehen Sie das auch so?

Vreni Spoerry: Ich teile die Meinung von Frau Bär hundertprozentig, dass wir mit der Energie sorgfältiger umgehen sollten. Ich teile die Meinung von Frau Bär nicht ganz, dass die Hausaufgaben nicht gemacht worden sind. Pro produzierter Einheit verbrauchen wir heute ganz klar weniger Energie. Selbst einzelne Autos verbrauchen heute weniger Energie wie vor 10 oder 15 Jahren, aber es hat viel mehr Autos. Wir haben die Sparbemühungen kompensiert mit dem steigenden Konsum. Wir haben ein Energiegesetz geschaffen und wir haben ökologische Abgaben vorgeschlagen und das Volk hat diese abgelehnt, zu meinem eigenen Bedauern.

Wyss: Das ist eben das Sonntagsredliche an dem, was Frau Spoerry gesagt hat. Klar sind alle fürs Stromsparen. Aber bis jetzt ist die Politik sehr zurückhaltend ge-

wesen. Da kann man nicht nur dem Volk die Schuld geben, welches diese Abstimmung abgelehnt hat. Man hat sehr viel Möglichkeiten gehabt, gerade beim Stromsparen. Es hat beispielsweise Jahre gebraucht, bis das BFE bereit war, die EU-Energieetikette zu übernehmen.

Bader: Es ist einfach zu sagen, die Energiepolitik soll etwas für das Energiesparen tun. Aber wir sind doch alle BürgerInnen dieses Landes. Wir können selber etwas tun dafür, wenn wir halt nicht zwei oder drei Apparate im Haushalt haben, die uns das Rüsten erleichtern. Das sind Kleinigkeiten, aber da fängt es an.

Frau Bär, Sie schütteln den Kopf.

Bär: Es ist ganz klar Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu setzen, um den Energieverschleiss einzudäm-

men. Diesen Energieverschleiss haben wir, weil wir die falsche Politik haben. Denn es ist Aufgabe in diesem Land, den Konsum- und Produktionsstil zu verändern, via politische Massnahmen, via gesetzliche Massnahmen, via marktwirtschaftliche Massnahmen. Ich denke an Lenkungsabgaben auf nicht-erneuerbaren Energien. Wenn Frau Spoerry sagt, man ist auch für die Effizienz und die erneuerbaren Energien, dann muss man auch für den Atomausstieg sein.

Bader: Mit dem Elektrizitätsmarktgesetz haben wir jetzt die Möglichkeit, die Kleinkraftwerke und die erneuerbaren Energien zu fördern.

Bär: Das Elektrizitätsmarktgesetz wird zu einer Sicherheitsfrage für die Atomkraftwerke. Das sage nicht ich, das sagen die Aufsichtsgehörden der Schweiz und zum Teil die AKW-Betreiber selber. Dass sie da unter Druck kommen, und dass sie zum Teil nur auf Kosten der Sicherheit noch produzieren können.

Würden Sie das unterschreiben Frau Spoerry?

Spoerry: Ganz sicher nicht. Das steht im Kernenergiegesetz drin, dass selbstverständlich die Kernkraftwerke so lan-



«Wenn man für die Stromeffizienz und die erneuerbaren Energien ist, dann muss man auch für den Atomausstieg sein.» Rosmarie Bär

ge weiterbetrieben werden können, als die Sicherheit gewährleistet ist. Ich muss natürlich den Leuten, die mir das sagen, Vertrauen entgegenbringen. Mir ist das Gefahrenpotenzial der Kernenergie bewusst. Es ist von mir aus gesehen sehr limitiert, aber wenn es eintrifft, dann hat das eine ganz andere Dimension. Darum ist die Kernenergie für mich keine Wunschenergie. Aber ich kann aus wirtschaftlichen Gründen in der Schweiz nicht ersatzlos darauf verzichten.

Wyss: Es widerspricht grundsätzlich der Gesetzesphilosophie, dass man so lange weitermacht mit den Atomkraftwerken, so lange sie noch sicher sind. Als gäbe es irgendeinen objektiven Standard, der die Sicherheit von Atomkraftwerke definiert. Es steht in keinem Gesetz, welches die Kriterien wären, dass ein AKW noch sicher ist. Es gibt nur ein Kriterium, dass ein Atomkraftwerk nicht mehr sicher ist, und das ist, wenn wir wieder einen GAU haben. Das ist dermassen unverantwortlich. Darum ist das Gesetz auch kein Gegenvorschlag für die Ausstiegs-Initiativen und keine Grundlage für den Weiterbetrieb der AKW.

Bär: Frau Spoerry hat gesagt, wir brauchen diese AKW. Erstens: Im ganzen Sommerhalbjahr exportieren wir sämtlichen Atomstrom mit Verlust. Wir wissen, dass unser Atomstrom jedes Jahr mit Milliarden durch die Wasserkraft quersubventioniert wird. Zweitens: Es braucht einen AKW-Ersatz nur für das Winterhalbjahr. Es gibt einen ganzen Mix von Ersatzmöglichkeiten. Wir sind ja in der komfortablen Situation, dass alles vorhanden ist.

1. Bei der Beleuchtung und den Elektrogeräten gibt es ein gewaltiges Effizienz-Potenzial. Das zeigen die neuen Energieagenturen und das Bundesamt für Energie.
2. Ein Nonsens, den wir seit den 70er Jahren haben, sind die 250 000 Elektroheizungen. Das sind absolute Stromfresser. Diese können mit Wärmedämmungen, Holzheizungen, Blockheizkraftwerken und Wärmepumpen ersetzt werden.
3. Es gibt die erneuerbaren Energien.

Frau Spoerry, wieso gibt es so viel Widerstand?

Spoerry: Ausser der Wasserkraft, die 20 Prozent unseres Gesamtenergiebedarfs abdeckt, sind wir ja total vom Aus-



«Auch das Uran können wir nicht am Uetliberg holen, das müssen wir importieren.» Vreni Spoerry

land abhängig. Auch das Uran können wir nicht am Uetliberg holen, das müssen wir importieren. Trotzdem ist das Uran ein Stück weit lagerbar. Man kann es nicht von einem Tag auf den anderen abstellen, wie beispielsweise die Windenergie, die von weit weg importiert würde, und von der man von Stunde zu Stunde abhängig wäre. Trotzdem glaube ich nicht, dass wir 40 Prozent der Energieproduktion so problemlos und schnell ersetzen können. Auf der anderen Seite, Frau Bär, muss ich sagen, ist kein einziges neues Kernenergiewerk in der Schweiz geplant. Und die bestehenden Kernkraftwerke sind nicht für die Ewigkeit ausgelegt.

Bär: Aber ihr wollt diese 60 Jahre betreiben. Zum Beispiel in Mühleberg sind der Nachrüstung ganz klar Grenzen gesetzt. Das AKW Mühleberg ist räumlich so gebaut, dass Sicherheitseinrichtungen, welche heute für ein neues AKW zwingend sind, gar keinen Platz hätten.

Wyss: Mittlerweile hat man auch gemerkt, dass die Haftpflicht auf eine Milliarde begrenzt werden muss, weil es keine Privat-Versicherung gibt, die bereit wäre, mehr als eine Milliarde zu übernehmen, geschweige denn die realen Potenziale von Gefahren zu übernehmen. Wenn der Staat mit Milliardenbeträgen die Forschung unterstützen muss, wenn es keinen realen Entsorgungsfonds, keinen realen Stilllegungsfonds gibt, wenn überall die Öffentlichkeit mithalten muss. Also, nein!

Bader: Es ist nicht ganz exakt, was Frau Wyss gesagt hat. Das heisst: Wir haben den Stilllegungsfonds.

Bär: Wie viel ist im Stilllegungsfonds und wie viel müsste drin sein?

Bader: Was gesetzgeberisch drin sein muss, ist drin. Wenn die Kernkraftwerke 40 Jahre laufen, dann ist das Geld, das vorhanden sein muss, jetzt auch vorhanden.

Bär: Das sagt nicht einmal der Bundesrat. Zusammen mit dem Entsorgungsfonds sind das ja 16 Milliarden.

Wyss: Die radioaktiven Abfälle werden mehrere 10 000 Jahre weiterstrahlen. Es gibt nirgends auf der Welt eine sichere Entsorgung über ein paar Tausend Jahre. Das sind Tausende von Generationen, welche mit diesem Müll umgehen müssen. Diese Generationen werden Kosten haben, für etwas, wovon sie überhaupt keinen Nutzen haben.

Bader: Die Nagra legt im Herbst ein Entsorgungskonzept vor. Dann kann der Bundesrat darüber entscheiden. Dann kommt es in den National- und Ständerat. Und wir haben das im Kernenergiegesetz drin. Der Bundesrat ist verpflichtet, das Parlament periodisch zu informieren, wie weit man mit der Entsorgung ist. Ob wir die Atomkraftwerke stilllegen oder weiterlaufen lassen, die Entsorgungsfrage müssen wir lösen.

Bär: Wir können doch gar nicht anders. Wir sind in die Atomtechnologie eingestiegen, und wissen noch heute nicht, wie man die Abfälle anständig langzeitlagert. Schon bei den zwei letzten AKW hat der Bundesrat gesagt, diese bekommen die Bewilligung nur, wenn der

Nachweis für die Entsorgung erbracht ist. Bundesrat Ritschard hat den anderen drei geschrieben, sie müssten dann den Nachweis nachträglich erbringen. Noch niemand hat bis heute den Nachweis erbracht und die AKW laufen immer noch.

Was macht man, wenn die NidwaldnerInnen zum Sondierstollen für ein Atommülllager Nein sagen?

Spoerry: Das frage ich mich auch. Dann hat man ein Problem. Wo ich Ihre Diskussion aber nicht ganz verstehe: Wir haben radioaktiven Abfall. Und ob wir wollen oder nicht: Wir müssen das Problem lösen. Und darum verstehe ich Sie eigentlich nicht, dass Sie politisch versuchen, den Wellenberg zu verhindern, wo es im Moment darum geht, nur einen Sondierstollen zu bauen.

Wyss: Ich hege den Verdacht, dass die Atomlobby gar keine Entsorgung in der Schweiz will. Sie will viel lieber eine internationale Option, also exportieren. Das Problem ist, dass alle westeuropäischen Länder, die ein Lager bauen wollen, in ihren Gesetzen explizit festgehalten haben, dass sie keinen ausländischen, radioaktiven Müll wollen.

Bader: Wir wehren uns nicht einfach gegen die Endlagerung in der Schweiz, sondern wir möchten die Option offen lassen. Wenn es eine internationale Lösung braucht, die wirklich aus Sicherheitsgründen die beste wäre, müsste man das überlegen.

Bär: International könnte ja auch heissen, dass das in der Schweiz wäre, also auch am Passwang, dort wo Sie bauern?

Bader: Ja. Wir schliessen nicht aus, auch Atommüll aus anderen Ländern in die Schweiz hereinzunehmen.

Bär: Im Nationalrat haben Sie mit dem Menschenverstand der Hausfrauen und Hausmänner argumentiert. Wenn die Badewanne überläuft, würde ich zuerst den Wasserhahn zudrehen!

Bader: Wenn die ganze Energiepolitik so einfach wäre.

Bär: Aber so wird argumentiert.

Bader: Das hat Frau Wyss enorm geschockt, als ich im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitung gesagt habe, dass es bei der WAA für mich so geht,

wie eine Hausfrau ihren Abfall sortiert. Dort bin ich auch darauf bedacht, das zu recyceln, was man wieder brauchen kann. Wieso soll man das, was man schon abgebaut hat, nicht zu 100 Prozent wiederaufarbeiten? Dass es weniger Abbau braucht.

Bär: Da sind Sie falsch unterrichtet. Wir exportierten das Krebsrisiko an kommende Generationen, die in Sellafield und La Hague leben werden. Diese Woche ist zu Sellafield eine neue Studie herausgekommen. Zwei englische Universitäten haben unabhängig voneinander aufgezeigt, dass das Leukämierisiko für die Kinder um ein x-faches höher ist als sonst. Zudem entstehen durch die Wiederaufarbeitung mehr radioaktive Abfälle. Ich habe selbst im Nationalrat den Rückweisungsantrag gegen das Zwischenlager Zwilag in Würenlingen gemacht. Dann hat mir Bundesrat Ogi bestätigt, dass in der Lagerhalle die mittlerradioaktiven Abfälle zu über 90 Prozent aus den mittlerradioaktiven Sekundärabfällen aus der Wiederaufarbeitung stammen. Der Bundesrat musste klar zugeben, dass das Zwilag viel kleiner und kostengünstiger gebaut werden könnte, wenn wir nicht wiederaufarbeiten würden.

Bader: Nein, nein. Wenn wir hundert Brennelemente zum Beispiel von Beznau haben und diese nicht wiederaufarbeiten, haben wir 35 Kubikmeter Volumen und wenn wir wiederaufarbeiten, dann sind es rund 7,6 Kubikmeter. Das ist rein vom Volumen her weniger.

Wyss: Dann kommt aber noch hinzu, was dort bleibt und was ins Meer geht.

Studien zeigen: Es gibt mehr Leukämiefälle. Wenn aber nur ein Kind wegen der Wiederaufarbeitung mehr an Leukämie stirbt, dann kann man doch nicht so rational argumentieren wie Sie Frau Spoerry, da muss man doch nur noch «Nein!» schreien.

Spoerry: Der Ständerat hat ja ein zehnjähriges Moratorium für die Wiederaufarbeitung beschlossen. Die beiden Anlagen werden nicht geschlossen, wenn die Schweiz ihren Müll nicht mehr dorthin bringt. Da muss man sich keine Illusionen machen. Ich muss als Laie hier sagen, was man mir erzählt hat: Offensichtlich werden die Anlagen besser und wenn dem so ist, und wir auf die Kernenergie nicht verzichten können, wenn das Volk das nicht genehmigt, dann sind wir darauf angewiesen, dass man sich Optionen nicht verschliesst. Auch mit der Endlagerung im Ausland.

Bär: Wir machen uns doch schuldig! Es ist ethisch nicht verantwortbar, was wir in Sellafield und La Hague machen. Vor allem weil wir eine andere Möglichkeit haben. Heute weiss man, Wiederaufarbeitung hat wirklich nichts mit Recycling zu tun. Das Uran kann man auch nicht mehr so brauchen, wie sie das geschildert haben. Und dann können wir noch über das Problem des Plutoniums reden. Die EU hat eine Studie gemacht, die noch Alt-Bundeskanzler



«Ich hege den Verdacht, dass die Atomlobby gar keine Entsorgung in der Schweiz will.» Ursula Wyss

Helmut Kohl unterschrieben hat, welche festhält: Im Hinblick auf die Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen gibt die Phase der Wiederaufarbeitung Anlass zur Sorge, denn in dieser Phase entsteht waffenfähiges Plutonium.

Wyss: Frau Spoerry, immer beim grössten Blödsinn will man sich die Optionen offen halten. Anstatt dass man zum Beispiel in Windenergie und neue Technologien investiert. Das blockt man aber immer als Spinnertum ab. Da ist man nie bereit, sich Optionen aufzutun.

Bader: Ich denke an unserem Strommix wird sich in nächster Zeit nichts ändern. Aber ich bin sehr gern bereit, die Windenergie zu fördern. Aber wir haben immer noch den Markt. Und ich sehe nicht, wo das Potenzial in der Schweiz liegt. Um ein AKW zu ersetzen, braucht es 10 000 Windräder. Und dann sind es gerade die Umweltorganisationen, die dagegen sind. Das ist so widersprüchlich. Ich zum Beispiel koche und heize alles mit Holz. Ich bin gar kein Atom-Freak. Wir müssen realistisch sehen, was in diesem Land politisch durchsetzbar ist.

Spoerry: Die EU braucht doch den Windstrom, um ihre Kohlekraftwerke abzustellen. Da sind wir wieder einmal bei der CO₂-Problematik, und das ist für mich eine grosse Problematik, die vielleicht schneller auf uns zukommt, als die Gefahren der Kernenergie.

Bär: Wenn nicht beides.

Spoerry: Sie haben zwar in den Initiativen drin, dass mit der Abschaltung der



«Wir schliessen nicht aus, auch Atommüll aus anderen Ländern in die Schweiz hereinzunehmen.» Elvira Bader (links)

AKW auf das Jahr 2014, der fehlende Strom nicht fossil ersetzt werden darf, aber sie haben nirgends drin, dass es nicht mit Import ersetzt werden darf. Da hätte ich gerne eine Antwort darauf.

Bär: Ich sehe das Problem nicht. Wenn Windkraft importiert wird, dann finden wir das nichts Schlechtes.

Spoerry: Und wenn Atomenergie importiert wird.

Bär: Da habt ihr eure Verträge mit Catenom, wo wir drinhängen. Wir müssen gar nichts importieren. Ich habe das vorher aufgezeigt. Und was die Folgen von Tschernobyl betrifft: Eine EU-Studie wurde letzte Woche veröffentlicht, welche sagt: Esst keine Wildsau, kein

Rehfleisch, das heute 16 Jahre nach Tschernobyl noch dermassen radioaktiv verseucht ist. Ich war dreimal in der Ukraine in Tschernobyl. Wenn man das einmal gesehen hat, dann müssen wir unsere Zeit in eine Zeit vor und eine nach Tschernobyl einteilen. Wir müssen sagen, diese Verantwortung können wir nicht übernehmen, wir steigen jetzt im Anstand aus.

Erdin: Das war ein ganz eindrückliches Schlusswort. Ich danke allen für die engagierte Diskussion.

Von Kurt Marti
(Text und Bilder)



Die Kosten der Entsorgung und Stilllegung

Die CVP-Nationalrätin Elvira Bader hat an der SES-Tagung behauptet, das Geld für die Entsorgung und Stilllegung sei in 40 Betriebsjahren bereit. Das sind laut Zahlen des Bundesamtes für Energie 1,5 Milliarden Franken für die Stilllegung und 13,7 Milliarden Franken für die Entsorgung. Heute weist der Entsorgungsfonds einen Stand von 1,44 Milliarden Franken auf, das sind 10 Prozent der erforderlichen Endsumme. Die durchschnittliche Laufzeit der AKW

bis heute beträgt 27 Jahre. Heute sind also 75 Prozent der Betriebszeit abgelaufen und bloss 10 Prozent der Entsorgungskosten einbezahlt. Folglich müssen in der Restlaufzeit von durchschnittlich 13 Jahren (25 Prozent) die restlichen 12 bis 13 Milliarden Franken einbezahlt werden. Nota bene in einem geöffneten Strommarkt, in dem die Margen sinken, weil vor allem die Industrie billigeren Strom verlangt und keinen teuren Leibstadt-Strom kauft. □

